

Amer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1448

Nr. 174

Donnerstag, den 29. Juli 1926

21. Jahrgang

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund und die Entwaffnungsfrage.

Debatte im Oberhaus. — Deutschland erfüllt Verträge ehrlich.

London, 27. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage Lord Parmours über die Äußerung Chamberlains in der Frage des Beitritts Deutschland zum Völkerbund sagte namens der Regierung Lord Cecil, wenn er recht verstehe, sei Parmour besorgt, ob irgendeine derartig mangelhafte Erfüllung der Entwaffnungsverpflichtungen durch Deutschland bestehe, daß die Vermutung möglich wäre, daß es die Vorbedingung für seinen Eintritt in den Völkerbund nicht völlig erfüllt habe. Für Deutschland komme dies nicht in Betracht, da seine Verpflichtungen betreffend Rüstungen von dem Verfall der Verträge abhängig seien. Die einzige Frage, die zu untersuchen sei, sei die, ob die aufrichtige Absicht bestehe, internationale Verpflichtungen zu beobachten. Zur Prüfung dieser Frage sei ein kleiner Unterausschuß gebildet worden, in welchen Sir Austen Chamberlain den Vorsitz führe, und

der einen Bericht der Botschafterkonferenz vor sich gehabt habe, worin erklärt würde, sie sehe keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß Deutschland ehrlich beabsichtige, seine internationalen Verpflichtungen zu beobachten. Die Entscheidung des Unterausschusses, wonach Deutschland alle für die Mitgliedschaft zum Völkerbund notwendigen Bedingungen erfüllt habe, sei weiterhin gültig und sei in keiner Weise zweifelhaft oder abgeändert worden. Was Chamberlains Erklärungen im Unterhaus angehe, so habe er Lord Parmours abgegebene Erklärungen nicht hinzuzufügen, nämlich daß es zwar richtig sei, daß noch immer Fragen unerledigt seien, und daß die Regierung das bedauere, daß diese Fragen aber nicht derartig seien, daß sie der Regierung irgendwelche Besorgnis im Hinblick auf die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands einfließen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung.

Fürsorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen.

Berlin, 27. Juli. Die Verhandlungen über die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung sind jetzt in mehreren wesentlichen Punkten zu einem Abschluß gelangt. Die Wasserbauabteilung des Reichsverkehrsministeriums hat die Anweisungen zur verstärkten Durchführung der bereits begonnenen Kanalbauten herausgegeben. Für diese Zwecke sollen insgesamt 13 1/2 Millionen RM mehr zur Verfügung gestellt werden als im Haushalt vorgesehen war. Verwandt werden diese Mittel in der Hauptsache für Arbeiten am Kanal Hamm-Vippstadt, am Hohenzollerkanal, am Oder-Spreekanal und an der unteren Oder sowie für gewisse Arbeiten am Mittellandkanal; 1,2 Millionen RM sind für die Fertigstellung der Schleuse bei Bardenau am Mittellandkanal bestimmt. Ferner haben sich Reich und Länder über die Ausführung der Reststrecke des Mittellandkanals von Peine bis Burg geeinigt. Gleichzeitig mit dem Hauptkanal soll auch der Süßflügel in Angriff genommen werden, und zwar zunächst der Kanal von Leipzig bis Aregpau, die Kanalisierung der Saale von Aregpau bis Halle und der Zweigkanal Bernburg-Leopoldsdahl-Stahfurt. Diese Arbeiten können begonnen werden, sobald die Länder die ihnen zugewandenen Verträge mit dem Reich vollzogen haben.

Ebenso sind die Verhandlungen über die Reichsbahn-aufträge zum Abschluß gekommen. Es werden Aufträge über insgesamt 120 Millionen RM vergeben, nachdem die Reichsbahnverwaltung zu dem vom Reich zur Verfügung gestellten Betrag von 100 Millionen RM noch 20 Millionen RM aus eigenen Mitteln zur Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn aufwenden will. Von den 100 Millionen RM, die vom Reich zur Verfügung gestellt worden sind, sind 20 Millionen RM ebenfalls für die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn, 30 Millionen RM zur Erweiterung des beabsichtigten Gleisbauprogramms, 15 Millionen RM zur Fortführung und Erweiterung des geplanten Programms der großen Bauten (Streckenbauten, Erweiterung von Bahnhöfen, neue Werkstätten, Elektrifizierung, Wohnbauten) und 35 Millionen RM zur Beschaffung von Werkstoffen und Erhaltungskosten aller Art zur Verbesserung des Fahrzeugparks bestimmt. Die Aufträge sollen möglichst nach den Bezirken gelegt werden, die unter der Arbeitslosigkeit besonders zu leiden haben. Auch die Arbeiten an den früher begonnenen Bahnbauten, für deren Fertigstellung in diesem Haushaltsjahre 10 Millionen RM bereitgestellt worden sind, werden in aller nächster Zeit beginnen.

Endlich haben sich die zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens inzwischen auch über die Art geeinigt, wie der verstärkte Bau von Landarbeiterwohnungen, der bekanntlich auch einen Teil des Projektes für die Arbeitsbeschaffung bildet, ausgeführt werden soll. Das Reich stellt für diesen Zweck im laufenden Rechnungsjahr einen Betrag von 30 Millionen RM zur Verfügung; auch die Ausbringung des Landesanteils ist als gesichert anzusehen. Beabsichtigt ist der Bau von 25 000 Landarbeiterwohnungen, von denen nach Möglichkeit 10 000 noch in diesem Haushaltsjahre erstellt werden sollen. Durch diese Beschaffung von Wohnungen, die für deutsche Landarbeiter geeignet sind, sollen zunächst vor allem die ausländischen Arbeiter entbehrlich gemacht werden, die auch im Winter in den deutschen landwirtschaftlichen Betrieben verbleiben.

Bei den Besprechungen, die am 23. und 24. Juli im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der Landesregierungen stattgefunden haben, wurde auch die Frage der besonderen

Fürsorge für die Erwerbslosen

erörtert, die die Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge überschritten und deshalb keinen Anspruch mehr auf Erwerbslosenerhaltung haben. An den vorhergehenden Tagen war die gleiche Frage im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung und mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen worden. Eine Verlängerung der Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge über 52 Wochen hinaus kann nach Ansicht der Reichsregierung nur mit Zustimmung des Reichstags und nur in Form eines Gesetzes erfolgen. Der Reichstag hat vor seinem Auseinandergehen den Standpunkt der Reichsregierung akzeptiert; nach der Haltung, die er bei den Erörterungen über die Ausgestaltung der Erwerbslosenerhaltung angenommen hat, legt er Wert darauf, bei einer endgültigen Regelung beteiligt zu werden. Die Länder teilten in ihrer großen Mehrheit den Standpunkt der Reichsregierung, daß bis zu dieser endgültigen Regelung die Fürsorge für die Ausgesteuerten auch weiterhin Sache der allgemeinen Wohlfahrtspflege ist, der sie nach dem jetzigen Rechtszustand obliegt, daß aber den Bezirksfürsorgeverbänden unter bestimmten Voraussetzungen finanziell Beihilfen gewährt werden müssen. Im einzelnen haben die Länder und die anderen beteiligten Stellen für die vorläufige Regelung, um die es sich jetzt handelt, eine Reihe von Wünschen vorgetragen, zu denen die Reichsregierung noch endgültig Stellung nehmen muß.

Poincaré verliest die Regierungserklärung.

Ungeheurer Lärm der Kommunisten.

Die Vertrauensfrage mit 398 gegen 101 Stimmen angenommen.

Paris, 27. Juli. Kammerpräsident Raoul Péret leitet die heutige Sitzung der Kammer mit einer kurzen Ansprache ein, in der er für das Vertrauen dankt, das ihm durch seine Wahl zum Präsidenten der Kammer erwiesen worden sei und in der er die Abgeordneten auffordert, jetzt alle Gedanken der Zwietracht fallen zu lassen und sich mit ganzer Kraft für das Sanierungswerk einzusetzen. Frankreich werde neue Lebenskraft aus der Vereinigung der Männer schöpfen, die bereit sind, sich mit ihrem Willen und mit ihrem Herzen für das Land einzusetzen. Die Hilfsquellen Frankreichs seien unbegrenzt. Wirklich Dauerhaftes könne jedoch nur durch eine gemeinschaftliche Anstrengung erzielt werden.

Die Eröffnungsrede des Kammerpräsidenten wurde wiederholt

von den Kommunisten unterbrochen.

Jedoch wurde die Lage noch dramatischer, als Ministerpräsident Poincaré die Rednertribüne bestieg, um die Regierungserklärung zu verlesen. Gleich zu Beginn der Verlesung erhob sich der Kommunist Cachin, um Poincaré zu unterbrechen. Er rief:

„Sie steht man nur in Zeiten des Unglücks“.

Die Rechte protestierten, worauf die Kommunisten sich erheben und die Internationale anstimmten. Die Mitglieder der Rechten und der Mitte erhoben sich gleichfalls und suchten durch Handklopfen den Gesang zu überdönen. Der Kammerpräsident unterbricht sie dadurch, daß er fortgesetzt mit der Glocke läutete. Die Kommunisten aber lärmten weiter. Soweit auf der Journalistentribüne Worte zu verstehen waren, hörte man die Rufe:

„Consue, Poincaré Poincaré, la Ruhr.“

Kreihebleich stand Poincaré auf der Rednertribüne und erklärte schließlich, als der Lärm etwas nachgelassen hatte: Ich habe nicht das Recht, die Regierungserklärung abzubrechen. Ich werde sie nicht abbrechen!

Poincaré kann einige Sätze in Ruhe verlesen, er wird dann aber fortgesetzt von Cachin und seinen Anhängern unterbrochen. Der Kommunist Renaud Jean ruft wiederholt: Und die Politik vom 11. Mai? — Wo ist das Kartell der Linken? Er wird nochmals zur Ordnung gerufen. Poincaré kann die Verlesung der Regierungserklärung, die nun an einzelnen Stellen den Beifall der Rechten, der Mittelparteien sowie einiger Radikaler findet, zu Ende führen. Als Poincaré die Rednertribüne verläßt, veranstalten die Kommunisten wiederum eine lärmende Rundgebung, die ihr Ende findet, als der Kammerpräsident die eingegangenen Interpellationen — es sind deren elf — zur Verlesung bringt.

Poincaré erhebt sich und erklärt, die Regierung fordere die Zurückstellung der Besprechung der Interpellation bis nach der Durchberatung der Finanzgesetze, die er der Kammer unterbreitet habe, und für die er das Verfahren außerordentlicher Dringlichkeit, das die umgeschaltete Geschäftsordnung vorsieht, fordern werde. Die Lage sei äußerst ernst. Jede Stunde der Verzögerung könne sie verschärfen. Jetzt handele es sich nicht mehr um Reden, sondern um Taten.

In der Abstimmung wurde der Antrag der Regierung, die Vertrauensfrage zu vertagen, worüber die Regierung die Vertrauensfrage stellt,

mit 398 gegen 101 Stimmen angenommen.

Ferner wurde der Antrag der Regierung, die Erklärung der außerordentlichen Dringlichkeit für die Finanzgesetze zu bewilligen, mit 418 gegen 31 Stimmen angenommen. Darauf vertagte sich die Kammer auf Freitag nachmittag.

Paris, 27. Juli. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Poincaré heute nachmittag in der Kammer und Justizminister Barthou im Senat verlesen haben, lautet wie folgt:

Das Kabinett ist im Geiste nationaler Verbündung gebildet worden, um der Gefahr, die gleichzeitig unsere Währung, die Freiheit unseres Schatzamtes und das Gleichgewicht unserer Finanzen bedroht, begegnen zu können. Jeder der Männer, die sich einmütig zusammengesetzt haben, um an diesem Werte des öffentlichen Wohls zu arbeiten, ist der Ansicht gewesen, daß er die Pflicht hat, in diesem Augenblick diesem Werte all seine Gedanken und seine Kräfte zu widmen. Später werden andere Fragen auftreten, aber die diese Männer verschiedener Ansicht sein werden. Heute jedoch sind sie vollkommen einer Meinung über die dringliche Notwendigkeit der Finanzsanierung und über die dabei anzuwendenden Mittel.

Nach aufmerksamer und gewissenhafter Prüfung der Lage haben wir die feste Überzeugung gewonnen, daß es möglich ist, schnell den Stand der französischen Finanzen zu verbessern und den Kurs des Franken zu heben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine sofortige und

entschlossene Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament

unbedingt notwendig. Deshalb bringt die Regierung einen Gesetzentwurf zur Erschließung von den Ausgaben entsprechenden Einnahmequellen ein.

Um jede neue Inflationsgefahr zu vermeiden, wird die Regierung die Billigung dieser unerlässlichen Zusatzeinnahmen beantragen unter Beobachtung des Sparsamkeitsgrundsatzes. Wenn auch entsprechend den Anregungen der Sachverständigen die Regierung gezwungen ist, unverzüglich zu diesem Zwecke gewisse

indirekte Steuern zu erhöhen,

so wird sie doch gleichzeitig durch direkte Besteuerung des erworbenen Vermögens für die gerechte Verteilung der Lasten sorgen.

Ein Teil des Ertrages wird jährlich zur Spelung einer Amortisationskasse für die Bots der nationalen Verteidigung dienen. Außerdem müssen Maßnahmen getroffen werden, um das Vertrauen aufrechtzuerhalten und es der Regierung zu ermöglichen, künftig alle Verpflichtungen des Staates einzuhalten, die Produktion im Mutterlande und in den Kolonien zu fördern und die Lebenskraft des Landes zu steigern. Wir behaupten nicht, in einigen Wochen oder auch nur in einigen Monaten die gesamte Wirtschafts- und Finanzprobleme lösen zu können, die der beinahe überall in der Welt herrschende Notstand vor uns hat stehen lassen. Die Hauptsache ist aber ohne Zweifel, daß Dringlichste ohne Umhülse und ohne Winkeln in Angriff zu nehmen. Ebenso wie wir selbst haben die Gläubigerationen Frankreichs, die Frankreich seit entschlossen ist, im Rahmen seiner Möglichkeit zu bezahlen, ein Interesse daran, daß wir vor allem die Währungsrisiko beheben, die auf vielfache Ursachen zurückzuführen ist, die jedoch sehr wohl beschwichtigt und deren gefährliche Auswirkungen vermieden werden können. Frankreich hat ernstere und schmerzlichere Stunden als diese erlebt. Es hat sich seiner Zeit durch Einigkeit und Energie gerettet. Auch heute sind diese die Bedingungen des Sieges.

Die Regierungserklärung schließt mit den Worten: Meine Herren! Gehen wir sofort an unsere schwere Aufgabe für die Republik und das Vaterland.